



Detailansicht des Registereintrags

LobbyControl - Initiative für Transparenz und Demokratie e. V.

Aktuell seit 04.07.2026 11:45:31

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000176
Ersteintrag:	26.01.2022
Letzte Änderung:	04.07.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	24.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: Am Justizzentrum 7 50939 Köln Deutschland Telefonnummer: +492219957150 E-Mail-Adressen: kontakt@lobbycontrol.de Webseiten: www.lobbycontrol.de
Hauptstadtrepräsentanz:	Urbanstr. 95 10967 Berlin Telefonnummer: +4930467267211 E-Mail-Adresse: kontakt.berlin@lobbycontrol.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25	
Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Sonstiges	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

410.001 bis 420.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

2,82

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Jutta Sundermann**
Funktion: Vorstand
2. **Dr. Mattis Beckmannshagen**
Funktion: Vorstand
3. **Dr. Claus Neuberger**
Funktion: Vorstand
4. **Katharina Nocun**
Funktion: Vorstand
5. **Regine Richter**
Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. **Timo Lange**
2. **Dr. Christina Deckwirth**
3. **Felix Duffy**
4. **Aurel Eschmann**
5. **Dr. Anja Nordmann**
6. **Kathrin Anhold**
7. **Helena Haack**

Gesamtzahl der Mitglieder:

8.590 Mitglieder am 31.12.2025, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (4):

1. Allianz für Rechtssicherheit für politische Willensbildung, www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de
2. European Network of Corporate Observatories (ENCO), corpwatchers.eu
3. Initiative Konzernmacht beschränken, www.forumue.de/themen/handel/konzernmacht-initiative/
4. Bündnis Transparenzgesetz, <https://transparenzgesetz.de/>

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (23):

Parlamentarisches Verfahren; Rechtsstellung der Abgeordneten; Wahlrecht; Sonstiges im Bereich "Bundestag"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Institutionelle Fragen der EU; Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in der EU; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Kriminalitätsbekämpfung; Digitalisierung; Internetpolitik; Werbung; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Politisches Leben, Parteien; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Strafrecht; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Staatsorganisation; Verwaltungstransparenz/Open Government; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

LobbyControl kombiniert aktuelle Recherchen, wissenschaftliche Hintergrundanalysen, politische Bildungsarbeit und Kampagnen. Wir setzen uns ein für eine transparente und lebendige Demokratie. Wichtige Ziele sind eine ausgewogene und transparente Beteiligung an politischer Entscheidungsfindung und Gesetzgebung, die Vermeidung verdeckter Einflussnahme auf öffentliche Debatten und Wahlkämpfe sowie die Prävention von Korruption.

Gegenüber Bundestag und Bundesregierung engagiert LobbyControl sich für einen Transparenz und Integrität stärkenden Regelungsrahmen. Schwerpunkte sind dabei der Umgang mit Interessenkonflikten, die öffentliche Nachvollziehbarkeit von Lobbyarbeit und -einflüssen und das Zurückdrängen von einseitigen oder privilegierten Zugängen.

In diesem Zusammenhang sprechen wir politische Entscheidungsträger*innen direkt an, versenden offene Briefe und Stellungnahmen, nehmen an Anhörungen teil oder laden zu eigenen Veranstaltungen ein. Zudem adressieren wir Bundestag und Bundesregierung im Rahmen von öffentlichen Aktionen und Unterschriftenkampagnen und veröffentlichen Studien und Diskussionspapiere zu den genannten Schwerpunkten.

Konkrete Regelungsvorhaben (11)

1. **Richtlinienentwurf der EU-Kommission zur Transparenz der Interessenvertretung im Auftrag von Drittländern in vorliegender Fassung zurückweisen**

Beschreibung:

Wir halten den im Richtlinienentwurf der EU-Kommission verfolgten Ansatz für verfehlt. Wir setzen uns daher bei der Bundesregierung dafür ein, alternative Ansätze in Deutschland und auf EU-Ebene voranzubringen, um verdeckter oder manipulativer Einmischung in demokratische Prozesse in der EU durch staatliche Akteure aus Drittländern entgegenzuwirken.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606190099 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.05.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 16.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

2. Reform der Regeln für die Finanzierung politischer Parteien durch private Akteure

Beschreibung:

Das Parteiengesetz sollte in mehrfacher Hinsicht geändert werden:

1. Für Spenden und Sponsoring der Parteien sollte eine Obergrenze von 50.000 Euro pro Zuwendendem, Partei und Jahr eingeführt werden.
2. Die Veröffentlichungsschwelle von Parteispenden in den Rechenschaftsberichten der Parteien sollte auf 2.000 Euro abgesenkt werden.
3. Spenden ab 10.000 Euro sollten unmittelbar veröffentlichungspflichtig sein.
4. Die Transparenz über Darlehen an Parteien sollte erhöht werden.
5. Die Kontrolle der Finanzen der Parteien sollte einer unabhängigen Stelle mit eigenen Ermittlungskompetenzen obliegen.

Ausführlicher sind unsere Forderungen im Bereich der Parteienfinanzierung im Lobbyreport 2024 dargestellt: <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/lobbyreport-2024-web.pdf>

Betroffenes geltendes Recht:

PartG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Politisches Leben, Parteien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2503310164 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2512190206 (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung
(BMDS) [alle SG dorthin]

Versendet am 02.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Weiterentwicklung des IFG zu einem Bundestransparenzgesetz

Beschreibung:

Im Koalitionsvertrag 2021 hatten SPD, Grüne und FDP vereinbart, ein Bundestransparenzgesetz einführen zu wollen. Damit sollte das reformbedürftige Informationsfreiheitsgesetz durch eine moderne Regelung abgelöst werden. Diese sollte den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur den Zugang zu Informationen der Verwaltung auf Antrag ermöglichen, sondern auch die öffentlichen Stellen zu einer aktiven Veröffentlichungsstrategie verpflichten. Hierfür setzen wir uns weiterhin mit weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen im "Bündnis Transparenzgesetz" ein.

Betroffenes geltendes Recht:

IFG [alle RV hierzu]; IFGGebV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]

4. Verbesserte Verfahren zum Umgang mit Interessenkonflikten in den Bundesministerien

Beschreibung:

Die Regeln und Verfahren zum Umgang mit Interessenkonflikten und zur Sicherstellung der Integrität in den Bundesministerien sind reformbedürftig. Wir setzen uns diesbezüglich für Reformen ein. Dazu gehört:

- Anzeigepflichten zu finanziellen Interessen für Mitglieder der Bundesregierung, Parlamentarische Staatssekretär:innen und politische Beamte.
- Bei Besetzungs- und Vergabeverfahren definierte Haltepunkte, an denen Verfahrensbeteiligte aktiv nach möglichen Interessenverknüpfungen befragt werden.
- Eine unabhängige Aufsichtsstelle zur Sicherstellung der Compliance mit den Regeln.

Ausführlicher sind unsere Vorschläge zur Verbesserung der Compliance in Bundesministerien im Lobbyreport 2024 dargestellt: <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/lobbyreport-2024-web.pdf>

Betroffenes geltendes Recht:

BMinG [alle RV hierzu]; ParlStG 1974 [alle RV hierzu]; BBG 2009 [alle RV hierzu]; VwVfG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz /Open Government [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2512190207 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.11.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2606190097 (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

5. **Stärkung von Transparenz und Integrität von Bundestagsabgeordneten**

Beschreibung:

Anknüpfend an die Reform des Abgeordnetengesetzes 2021 setzen wir uns für weitere Anpassungen ein, um Transparenz und Integrität von MdB zu stärken, den Umgang mit Interessenkonflikten zu verbessern und Einfallstore für einseitige Beeinflussung insbesondere durch finanzielle Anreize zu vermindern.

Im Einzelnen sollte:

- § 49 AbgG klarer und praxistauglicher gefasst werden
- Die Kostenübernahme von Dritten insb. bei Dienst- und Fraktionsreisen transparenter werden
- Lobbytätigkeiten während des Mandats und danach weitergehend eingeschränkt werden
- Anzeigepflichten zu finanziellen Interessen erweitert werden.

Ausführlicher sind unsere Forderungen zum Abgeordnetenrecht im Lobbyreport 2024 dargestellt: <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/lobbyreport-2024-web.pdf>

Betroffenes geltendes Recht:

AbgG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechtsstellung der Abgeordneten [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606190100 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.05.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 16.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

6. Erweiterte Karenzzeit-Regelung bei Wechsel in Lobbytätigkeiten

Beschreibung:

Die im BMinG sowie ParStG seit 2015 verankerte Karenzzeit-Regelung sollte ausgeweitet werden. Die derzeit maximale Karenzperiode von 18 Monaten für Wechsel in Tätigkeiten außerhalb des Öffentlichen Diensts sollte auf 36 Monate erhöht werden. Für den Fall der Nichteinhaltung der gesetzlichen Vorschriften sollten Sanktionen eingeführt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

BMinG [alle RV hierzu]; ParlStG 1974 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606190101 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.05.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 16.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

7. Offenlegung von Terminen von hochrangigen Entscheidungsträger:innen in den Bundesministerien mit Interessenvertretungen

Beschreibung:

Lobbytermine von Bundesminister:innen, Parlamentarischen Staatssekretär:innen und politischen Beamt:innen sollten proaktiv durch die Bundesregierung veröffentlicht werden. Die diesbezügliche Praxis der Europäische Kommission kann hier als Vorbild dienen.

Interessenbereiche:

Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]

8. Reform der Lobbyregisters (LobbyRG)

Beschreibung:

Durch die Reform 2024 ist das LobbyRG deutlich verbessert worden. Allerdings wurden wesentliche im Koalitionsvertrag 2021 vereinbarte Vorhaben dabei nicht umgesetzt.

Wir setzen uns daher für eine weitergehende Reform ein in Bezug auf die Ausweitung des Anwendungsbereichs auch unterhalb der Ebene der Referatsleitungen. Die Ausnahmen von der Registrierungspflicht sollten zudem weiter eingegrenzt werden, insbesondere mit Bezug auf Arbeitgeber- und -nehmervverbände sowie Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.

Weitere Punkte sind in unserem Lobbyreport 2024 dargestellt: <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/lobbyreport-2024-web.pdf>

Betroffenes geltendes Recht:

LobbyRG [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Öffentliches Recht [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606190102 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.05.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Versendet am 16.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [[alle SG dorthin](#)]

9. Stärkung der unabhängigen Beratung der Bundesregierung in gesamtwirtschaftlichen Fragen

Beschreibung:

Die Bestimmungen in § 1 Abs. 3 SachvRatG sollten erweitert werden, um die Unabhängigkeit der Mitglieder des Sachverständigenrats von wirtschaftlichen Einzelinteressen sicherzustellen und mögliche Interessenkonflikte sichtbar zu machen.

Betroffenes geltendes Recht:

SachvRatG [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [[alle RV hierzu](#)]

10. Regulierung von Online-Plattformen wirkungsvoll durchsetzen und ergänzen

Beschreibung:

Wir fordern die Bundesregierung auf, EU-Gesetze wie den Digital Services Act und den Digital Markets Act wirkungsvoll um- und durchzusetzen. Für eine Umsetzung müssen die zuständigen Behörden auf Bundes- und EU-Ebene gut ausgestattet und durchsetzungsfähig sein. Außerdem gilt es, bestehendes Wettbewerbs- und Kartellrecht konsequent anzuwenden und punktuell zu verschärfen, um der problematischen Monopolisierung des Marktes entgegen zu wirken.

Betroffenes geltendes Recht:

GWB [alle RV hierzu]; DDG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2503310169 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

11. Reform und gesetzliche Verankerung der Regelung zum exekutiven Fußabdruck

Beschreibung:

Wir setzen und für eine praxistaugliche Reform und gesetzliche Verankerung bislang in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien Regelung zum "exekutiven Fußabdruck" ein. Die bisherige Anwendungspraxis zeigt, dass das Ziel der Erhöhung der Transparenz über die Beteiligung Dritter an der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen nicht erreicht wird. Eine gesetzliche Grundlage würde die Verbindlichkeit der Regelung erhöhen. Die bisher bestehende Wesentlichkeitsschwelle sollte abgeschafft oder zumindest konkretisiert werden.

Interessenbereiche:

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2603270042 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.02.2026 an:

Bundesregierung

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1.020.001 bis 1.030.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. **Schöpflin Stiftung, Lörrach**

Betrag: 150.001 bis 160.000 Euro

Zuwendung allgemein

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1.100.001 bis 1.110.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[20250527_NEU_Bilanz-EUeR-Info-nach-Konten.pdf](#)